

Stromriese vergrätzt Stadt und Stadtwerke

STN , 26.4.2011

"Kornwestheim und Kreis Ludwigsburg", aktualisiert am 26.04.2011 um 00:00 Uhr
Ludwigsburg Die EnBW droht mit der Standortschließung und drängt auf eine Aktienmehrheit beim Netzbetrieb. Die Stadträte zeigen dem Konzern die kalte Schulter: entweder Juniorpartner oder gar nichts. Von Ludwig Laibacher

Das Gerücht von der Schließung des EnBW-Standorts Ludwigsburg hält sich hartnäckig. Daran ändern auch die Einsprüche von offizieller Seite nichts: "Es liegt kein entsprechender Beschluss vor", verlautet aus der Pressestelle des Unternehmens. Sehr wohl aber hängen die Arbeitsplätze der 200 Beschäftigten von der Entscheidung über die Netzverträge ab. Der SPD-Stadtrat Eckart Bohn hält das alles für "die Drohgebärde" eines Konzerns, der es nicht schaffe, die Stadtwerke als gleichberechtigten Geschäftspartner zu akzeptieren. "Die merken wohl, dass ihnen die Felle davonschwimmen", sagt Bohn.

Nachdem der Gemeinderat im Dezember beschlossen hatte, die Konzessionsverträge für das Ludwigsburger Stromnetz von den Eignern EnBW (Energie Baden-Württemberg) und Süwag zurückzukaufen, wird nun noch über eine Partnerschaft verhandelt. "Es gibt viele mögliche Varianten", sagt der Stadtkämmerer Ulrich Kiedaisch. Die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim (SWLB) könnten beide oder einen der beiden Stromkonzerne ins Boot holen oder die Geschäfte allein führen. Die Grünen und die Sozialdemokraten trauen den Stadtwerken zu, die Sache im Alleingang zu meistern, aber die CDU und die FDP haben Vorbehalte. Sie wünschen sich einen Partner, der das nötige technische Knowhow mit einbringt.

"Wir haben viel geübt in Poppenweiler", sagt Stadtwerkechef Bodo Skaletz. Dort hat die Stadt das Netz schon vor vier Jahren zurückgekauft. Außerdem habe sich das städtische Tochterunternehmen längst kompetente Mitarbeiter ins Haus geholt. "Wir sind gern bereit, mit einem Partner zusammenzuarbeiten", sagt Skaletz, "aber wir können das auch allein schultern." Offenbar standen die seit Januar im Abstand von 10 bis 14 Tagen stattfindenden Verhandlungen anfangs unter keinem guten Stern. Die Wortführer der EnBW hätten auf einen Anteil von 51 Prozent gepocht, sagt Bohn. "Aber das ist nicht das, was wir unter einer Kooperation verstehen." Der Gemeinderatsbeschluss sehe ganz klar vor, dass die Stadtwerke bestimmen, wo es langgeht. Der Konzern könne als Juniorpartner anheuern. "Der Beschluss ist gefallen", sagt SWLB-Chef Skaletz. Mancher habe wohl nicht gemerkt, dass der Zug schon fahre.

Am Anfang standen Maximalforderungen der EnBW, sagt auch der Stadtkämmerer. Doch dann habe man "ganz klar kommuniziert", dass eine Mehrheitsbeteiligung für den Stromkonzern nicht mehr drin ist. Die EnBW müsse sich bewegen, meint FDP-Stadtrat Johann Heer. "Es gibt ja auch noch andere Partner." Die Süwag, die in Ludwigsburg ihren Hauptstandort für Baden-Württemberg unterhält, wäre dem Vernehmen nach mit einem Anteil von 25,1 Prozent zufrieden. "Noch haben wir die Chance, die Verhandlungen werden offen geführt", sagt deren Niederlassungsleiter Ulrich Burr.

Die mit den Gerüchten von einer Standortschließung verknüpfte Arbeitsplatzdebatte dürfe bei den Beratungen keine Rolle spielen, sagt SPD-Stadtrat Bohn. "Ich kann gut verstehen, dass die Beschäftigten beunruhigt sind." Aber auch wenn sich die Eigentumsverhältnisse änderten, gebe es doch weiterhin genügend Arbeitsplätze. "Und die Stadtwerke zahlen auch gut."

"Einen Standort-Sicherungsvertrag gibt es nicht", sagt Thomas Miksa, der Leiter der Ludwigsburger EnBW-Niederlassung. Aber auch wenn sein Unternehmen am Ende "wider

Erwarten" außen vor sei, müsse das nicht zwangsläufig die Räumung des Standorts bedeuten. "Im übrigen sichern wir unsere Mitarbeiter ab."

Während Süwag und EnBW glauben, dass noch viel Gesprächsbedarf besteht, wollen Stadt und SWLB dem Gemeinderat im Juli ein Ergebnis vorlegen. Ein Grund für die Eile: Die Stadtwerke möchten die Netze der Nachbargemeinden Asperg, Möglingen oder Markgröningen übernehmen. Auch dort muss bis 2013 über eine Verlängerung oder eine Kündigung der Netzverträge entschieden werden.